



Allgemeine Informationen

Die Fraktion Identität & Demokratie (ID) vertritt nationalkonservative, EU-skeptische und rechtspopulistische Ansichten und Werte. Die 62 Abgeordneten der ID stammen aus neun Mitgliedstaaten der EU und zehn unterschiedlichen nationalen Parteien (davon u.a. 29 Abgeordnete der italienischen Lega, 17 Abgeordnete der französischen Rassemblement National, neun Abgeordnete der deutschen AfD) sowie einigen parteilosen Abgeordneten. Der Fraktionsvorsitzende der ID ist Marco Zanni von der italienischen Lega Partei. Die Fraktion hat außerdem 2 Vizepräsidenten, Jordan Bardella und Gunnar Beck.

Grundüberzeugungen

Wir als ID-Fraktion sind darauf bedacht, mehr Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum zu schaffen. Zudem stehen wir für erhöhte Sicherheit, dazu zählt vor allem die Eindämmung illegaler Migration.

Auch für die Verringerung der EU-Bürokratie setzen wir uns ein. Dabei soll eine Zuständigkeitsverschiebung von der EU in die Nationalstaaten und deren untergeordnete Einheiten (z. B. den Bundesländern) helfen.

Hinweis

Nach der Europawahl 2024 wurde die Fraktion nicht wieder konstituiert. Die Abgeordneten der beteiligten Parteien schlossen sich überwiegend der Fraktion Patrioten für Europa (PfE) an. Bei der Veranstaltung steht sie jedoch als Schirmfraktion für den gesamten rechten Rand.



**IDENTITÄT
UND DEMOKRATIE**

Fraktion

Identität und Demokratie
(ID)

Größe: 59 Abgeordnete bzw.
8% der Sitze

Fraktionsvorsitzender:
Marco Zanni

[JURI]

Die ID-Fraktion begrüßt grundsätzlich die Möglichkeit, sich Schutz vor der überbordenden Bürokratie zu suchen. Allerdings nicht indem man sich ein neues Bürokratie- und Beratungsmonster anschafft. Daher lehnen wir den Ausbau der Wegweiserdienstes ab und fordern stattdessen dies den Nationalstaaten zu überlassen.

Zudem halten wir es für nicht vertretbar den Fund for legal costs support einzurichten, da dies zum einen Kompetenz der Nationalstaaten sein sollte und grundsätzlich ein Fehlanreiz darstellt, wenn Menschen ohne Einkommen, die ohnehin krimineller sind auch noch ihre Prozesskosten bezahlt bekommen.



[FEMM]

Die ID-Fraktion sieht keine Notwendigkeit in der Einrichtung einer neuen Behörde für Gleichberechtigung. Zum einen sind Frauen de facto gleichgestellt vom Gesetz. Zum anderen ist dies erneut eine unnötige Behörde für ein nicht-existentes Problem, welches die Steuerzahler wieder Geld kostet.

Gleiches gilt für die sogenannten “Sensibilisierungskampagnen” bei denen die ID-Fraktion eine gezielte Propaganda gegen das männliche Geschlecht vermutet. Diese Indoktrination darf es nicht in unsere Schulen schaffen, viel eher sollten Sensibilisierungskampagnen für die Rolle der Frau in der traditionellen Familie als Mutter und Ehefrau durchgeführt werden.

[LIBE]

Das EOPSE wird von uns ebenfalls abgelehnt, da dies erneut in Nationale Kompetenzen übergreift und wir der Meinung sind, dass radikale Linksextremisten und Islamisten nicht mehr resozialisierbar sind und stattdessen die Gesellschaft dauerhaft vor ihnen geschützt werden muss.

Die ID-Fraktion lehnt außerdem den Vorschlag eines Europäischen Politikcurriculum aus folgenden Gründen ab. Zum einen ist dies ein gewaltiger Eingriff in die Nationalstaatliche Souveränität und ein erneuter Bevormundungsversuch aus Brüssel zur Indoktrination unserer Jugend. Zum anderen sind die Belohnungen zur Einhaltung des Curriculums vollkommen überzogen und eine weitere schwere Belastung für Europas Steuerzahler.

[AFCO]

Die ID-Fraktion begrüßt zwar die Idee von erhöhter Transparenz der EU-Bürokratie, jedoch haben wir die Befürchtung, dass der European Transparency Hub zu einer Plattform für fälschliche Antidemokratie Anschuldigungen verkommen könnte. Gerade Staaten wie Ungarn haben mit ihrem Modell einer nichtliberalen Demokratie großen Erfolg und wir fürchten, dass diese Plattform genutzt wird, um auch wertkonservative und patriotische Bestrebungen anzuzeigen.

Die Einführung eines Überprüfungsmechanismus stehen wir ebenfalls kritisch gegenüber, zum einen da eine halbjährliche Erhebung sehr ressourcenintensiv und damit kostenintensiv erscheint und die EU-Kommission bereits diese Kompetenzen besitzt wodurch es zu einer Doppelung kommt. Zum anderen da dies erneut droht patriotische Bestrebungen zur Stärkung der Position einzelner Nationalstaaten bedroht durch eine Überinterpretation des Begriffs Rechtsstaatlichkeit, welcher eine liberale Demokratie diktieren würde.